

Antrag B 2 - Studiengebührenverbot JETZT ins HRG

Antragsteller: Jusos HSG Darmstadt über Bezirksvorstand

Die Bezirkskonferenz der Jusos HS möge beschließen:

Studiengebührenverbot JETZT ins HRG

Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen Süd fordert die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Studiengebührenverbot sowie die bundesweite Absicherung der Verfassten Studierendenschaft mit den weitest möglichen Kompetenzen in der Frage des Allgemeinpolitischen Mandates in die Neuordnung des HRG mit aufzunehmen.

Begründung:

Die Neuregelung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) steht kurz bevor. Derzeit sieht es jedoch so aus, als wolle die Bundesregierung nur die Dienstrechtsreform darin umsetzen.

Doch damit würde die Bundesregierung allen bisherigen Verlautbarungen Widersprechen. Denn im Koalitionsvertrag von 1998 heißt es:

„Wir werden das Hochschulrahmengesetz im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterentwickeln und dabei die Erhebung von Studiengebühren ausschließen sowie die verfasste Studierendenschaft absichern“

Und noch am 22. Januar 2001 erklärte das SPD-Präsidium seine Ablehnung zu Studiengebühren:

„Das Präsidium bekräftigt die Haltung der Bundesregierung, die Erhebung von Studiengebühren bis zum ersten berufsqualifizierendem Abschluss und für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, auszuschließen. Es bedauert, dass die B-Länder den Abschluss eines Staatsvertrages zur Gewährleistung der Gebührenfreiheit entsprechend des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 25. Mai 2000 abgelehnt haben. Das Präsidium fordert die Bundesregierung auf, bis zum Ende des Jahres eine entsprechende HRG-Novelle vorzulegen“

Auch die zuständige Ministerin Edelgard Buhlmann versprach immer wieder das Studiengebührenverbot in einer HRG-Novelle zu regeln.

Da zwei HRG-Novellierungen innerhalb eines Jahres wohl mehr als nur unwahrscheinlich seien dürften, ist dies die letzte Chance vor der nächsten Bundestagswahl – also vor 2003 – das Studiengebührenverbot und das Allgemeinpolitische Mandat (PM) im HRG zu verankern.

Nachdem die SPD geführte Bundesregierung schon – durch das Veto des Bundeskanzlers – den Koalitionsvertrag schon beim Thema BAFöG-Reform gebrochen hat, sind Studiengebührenverbot und PM die einzigen übriggebliebenen Punkte der Koalitionsvereinbarung in der die Bundesregierung ihr Wort gegenüber den Studierenden halten kann.

Es geht hier also nicht nur um irgend ein Wahlversprechen.

Es geht hier auch nicht nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit oder der Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Es geht hier auch und vor allem um die Glaubwürdigkeit der SPD – weit über die Grenzen der Hochschulpolitik hinaus.